

«SP-Präsident Christian Levrat hat sich genauso radikalisiert»

FDP-Chef Philipp Müller über sein Verhältnis zur SVP und die «vielleicht linkeste Sozialdemokratie Europas»

VON OTHMAR VON MATT

Herr Müller, legen Sie sich ins «Lotterbett» mit der SVP, wie SP-Präsident Christian Levrat kritisiert?

Philipp Müller: Das ist falsch und grotesk. Ende August konnten wir der «NZZ am Sonntag» entnehmen, dass sich FDP und SVP fremd seien wie nie zuvor. In der Parlamentsarbeit sank die Übereinstimmung in den letzten 20 Jahren auf noch rund 65 Prozent. Dies nicht etwa, weil die FDP nach links gerutscht wäre, sondern wegen der SVP, die sich «auf einem langen Marsch nach rechts befindet», wie die Zeitung kommentierte.

Die FDP erwägt in zehn Kantonen eine Art Listenverbindung mit der SVP. Sitzt sie also doch im «Lotterbett»?

Bei Listenverbindungen geht es nicht um inhaltliche Übereinstimmungen, sondern um die rechnerische Optimierung der eigenen Chancen. «Erwägen» heisst zudem noch nicht, es sei entschieden. Und dass man mit allen bürgerlichen Parteien das Gespräch sucht, ist selbstverständlich. Wir wollen ja Wähleranteile und Mandate gewinnen. Letztlich werden aber in jedem Fall unsere Kantonalparteien entscheiden.

Mit der SVP, bei der SP-Präsident Levrat «faschistoide Tendenzen» ortet?

Wirft ein intelligenter Mensch wie Christian Levrat mit solchen Unterstellungen um sich, muss ich daran zweifeln, ob da der grosse Strategie am Werk ist, als der er bezeichnet wird. Was in letzter Zeit abgeht zwischen gewissen Parteipräsidenten, ist daneben. Das riecht nach Keulenpolitik. Der eine schwingt die Nazi-Keule, der andere die Faschisten-Keule, und Dritte greifen zur Moral-Keule. Wo bleibt die Politik?

Sie meinen BDP-Präsident Martin Landolt, der sagte: «Bis zu welchem Punkt muss Politik noch brauner werden, bis alle merken, dass sie stinkt?»

Genau. Das geht nicht. So werden die Ereignisse des letzten Jahrhunderts banalisiert. Ich muss Herrn Levrat aber auch sagen: Nicht nur die SVP sägt an den Pfeilern des Erfolgsmodells Schweiz. Sondern auch die SP.

Wo sägen die beiden Parteien?

Die SVP hat Initiativen angekündigt, die hoffentlich nie realisiert werden: im Bereich des Völkerrechts, im Asylwesen und mit einem Frontalangriff auf die Personenfreizügigkeit.

Und die SP?

Herr Levrat hat sich mindestens genauso radikalisiert. Verbal mit höchst unqualifizierten Angriffen. Und politisch mit dauernd neuen Ideen aus der SP-Giftküche. Er will die Schweiz in den sozialistischen Sumpf ziehen, womit der Wirtschaftsstandort Schweiz zerstört würde. Herr Levrat merkt offensichtlich gar nicht, wie stark er sich selbst radikalisiert hat. Die SP ist inzwischen die vielleicht linkeste Sozialdemokratie Europas. Viele der SP-Rezepte haben sozusagen konfiskatorischen Charakter. Die Radikalisierung geschieht heute an beiden Polen des politischen Spektrums.

Ist daran die FDP nicht mitschuldig?

Weshalb sollte sie das sein?

Weil sie nicht mehr entschieden als Verfechterin des Staates auftritt, den sie selbst geschaffen hat.

Wir kämpfen für die Bürger dieses Landes. Der Staat ist da für die Bürger, nicht umgekehrt. Nur ist das halt wenig spektakulär. Polparteien haben es einfacher. Sie überborden mit drastischen Forderungen, die in der Praxis nicht funktionieren, aber Schlagzeilen machen.

Die grösste Übereinstimmung – 75 Prozent – hat die FDP mit der CVP.

Weshalb nähern Sie sich ihr nicht an? Inhaltlich haben wir mit der CVP grosse Übereinstimmungen. Aber wir haben auch erhebliche Differenzen. Wir nahmen beispielsweise erstaunt zur Kenntnis, dass die CVP wieder EWR-Pläne wälzt, obwohl uns das die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie bescheren würde, was eine noch stärkere Einwanderung in unser Sozialnetz zur Folge hätte. Auch in Sachen Familienpolitik übertreibt die CVP. Wirklich entscheidend ist aber: CVP und BDP sprechen seit zwei Jahren von einer engeren Zusammenarbeit. Das riecht verdächtig nach reiner Machterhaltungspolitik. Es

geht um den Sitz von Eveline Widmer-Schlumpf. Hier erwarte ich eine Klärung vor dem Beginn des Wahlkampfes 2015. Darauf haben die Wähler ein Anrecht.

Auch die FDP will ihre Macht erhalten.

Wir wollen vor allem eine freiheitliche, eigenständige Schweiz. Eine Schweiz, die selbstbewusst ihre Interessen gegenüber dem Ausland vertritt und den Menschen in diesem Land ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Unser Ziel ist, in den Wahlen zuzulegen. Und selbstverständlich wollen wir unsere zwei Bundesratssitze halten.

Dort streben Sie und die SVP eine 4:3-Mehrheit an?

Die Landesregierung muss im Parlament wieder mehr Rückhalt haben. Daher muss die Konkordanz wieder hergestellt werden – je zwei Sitze für die drei grössten Parteien und einen Sitz für die viertgrösste.

Die Nationalräte Hans Grunder (BDP) und Roger Nordmann (SP) wollen den



Philipp Müller.
KEYSTONE

9. Februar durch einen Volksentscheid korrigieren. Was sagen Sie dazu?

Das ist eine Missachtung des Volkswillens und zudem kontraproduktiv. Weshalb die Hektik? Es gibt keinen Grund für Überaktivismus. Die Institutionen dieses Landes werden das Problem lösen. Sie sind bewährt und gestählt aus unzähligen demokratischen Auseinandersetzungen. Jetzt ist zuerst der Bundesrat am Zug.

Müsste nicht die FDP mit zwei Bundesräten die Bilateralen-Koalition von Grünen bis und mit FDP selbst anführen?

Wir können keine Koalition der Unvernunft anführen, die Volksentscheide über den Haufen werfen will. Wohl wissend, dass die Entscheidung über den Erhalt der Bilateralen vom Souverän am 27. November 2016 ohnehin gefällt wird.

Es gibt ein Abstimmungs-Datum?

Gemäss Text der Initiative muss das Parlament in drei Jahren eine Ausführungsgesetzgebung erarbeiten. Dagegen kann das Referendum ergriffen werden. Der 27. November 2016 ist der letzte Abstimmungstermin vor Ablauf der drei Jahre. Nach heutiger Lage werden die Schweizerinnen und Schweizer an diesem Tag über das Referendum und damit über die Zukunft der Bilateralen entscheiden.

Sie wissen, dass Ihr Wort hier Gewicht hat? Weil Sie zwei Bundesräte in sehr verantwortlicher Stellung haben?

Selbstverständlich bin ich mir bewusst, was ich hier sage. Der Bundesrat hat ja bereits fünf Tage nach der Annahme der Initiative an den Von-Wattenwyl-Gesprächen den Fahrplan für die Umsetzung festgelegt. Alle Spitzen der Bundesratsparteien waren damit einverstanden. Einverstanden waren die Parteispitzen auch mit einer korrekten Umsetzung der Initiative. Mittlerweile hat sich nun aber vor allem die SP davon verabschiedet. Verfassung und Volksentscheide scheinen bei den Genossen nur noch eine nebensächliche Bedeutung zu haben.

Geht es um ein Gesamtpaket?

Nein. Die Verhandlungen über den Erhalt und die Weiterentwicklung der Bilateralen sind eine separate Schiene.